



RRLEX | RUMPF RECHTSANWÄLTE

(Foto: yollardan.com: Kasımiye Medresesi, 15. Jh., Mardin)*

NEWSLETTER

NR. 7: JULI 2022

AUF EINEN BLICK

NACHRICHTEN AUS DER KANZLEI	Zusammenarbeit mit Rechtsanwalt Kemal Karaman Aus unserer Mandatsarbeit Wussten Sie eigentlich ...?
AKTUELLE NACHRICHTEN AUS POLITIK UND WIRTSCHAFT (TÜRKEI)	Politik Wirtschaft
GESETZGEBUNG IN DER TÜRKEI	Gesetz über das Finanzzentrum Istanbul Gesetz zur Reform der Justiz Neue Schwellenwerte im Kartellrecht
RECHTSPRECHUNG IN DER TÜRKEI	Verfassungsgericht: Aufhebung der Frist für Wiederaufnahmeverfahren nach EGMR-Urteil Verfassungsgericht: Verweigerung der Befreiung vom Religionsunterricht
SCHIEDSGERICHTSBARKEIT	Gemeinsame Erklärung der führenden europäischen Schiedsinstitutionen (DIS, VIAC u.a.)

Lenzhalde 68 – D-70192 Stuttgart
Tel: +49 (0) 711 / 997 977-0 – Tel: +49 (0) 711 / 997 977-20
eMail: info@rumpf-legal.com – www.rumpf-legal.com

in Kooperation mit: Rumpf Consulting Danışmanlık Hizmetleri Ltd. Şti.
Ömer Avni Mah. Meclisi Mebusan Cad. Molla Bayırı Sok. Karun Çıkması No: 1 Deniz Han Kat:2 Daire:10
TR-34427 Kabataş – İstanbul - Tel. +90 212 243 76 30 – Fax +90 212 243 76 35
info@rumpf-consult.com – www.rumpf-consult.com

Redaktion und künstlerische Beratung: Antonia Rumpf

Die Informationen in diesem Newsletter ersetzen nicht die anwaltliche Beratung.

*Foto mit freundlicher Erlaubnis des Fotografen

NACHRICHTEN AUS DER KANZLEI

ZUSAMMENARBEIT MIT RECHTSANWALT KEMAL KARAMAN

Am 15.5.2022 hat Rechtsanwalt Kemal Karaman (derzeit: www.kanzlei-karaman.com) seine Tätigkeit in unseren Stuttgarter Büroräumen aufgenommen. Herr Karaman ist in seiner frühen Jugend nach Deutschland gekommen, hat sein Studium im Jahre 2003 in Tübingen abgeschlossen und ist seit 2006 als Rechtsanwalt selbstständig tätig. Er ist zudem Fachanwalt für Arbeitsrecht und hat zudem Erfahrung im deutsch-türkischen Rechtsverkehr. Wir freuen uns auf eine sehr gute Zusammenarbeit, die bereits in den ersten beiden Monaten deutlich wurde.

AUS UNSERER MANDATSARBEIT

Für einen Chemikalienhändler gründen wir eine Tochtergesellschaft in der Türkei und erstellen die türkischen AGB. Ein in der Türkei lebender deutscher Unternehmer hat uns beauftragt, eine Immobilienhandels- und -verwaltungsgesellschaft zu gründen, die unter anderem auch caritative Zwecke verfolgen soll. Generell stellen wir fest, dass das Interesse an Firmengründungen in der Türkei weiter im Steigen begriffen ist.

WUSSTEN SIE EIGENTLICH...

..., dass der Begriff „hangover“ als englischer Begriff für den „Kater“ nach übermäßigem Alkoholgenuss mit mehreren Bedeutungen gehandelt wird? Zunächst einmal ist „hangover“ mit „Überhang“ oder „Überbleibsel“ zu übersetzen. Dann wird der Begriff aber auch für Frustrationen verwendet, die nach einem Misserfolg entstehen können. Im Hinblick auf den Alkoholgenuss wird ihm aber noch eine andere Herkunft zugeschrieben: In London soll es für Obdachlose Räume gegeben haben, in denen sie für 2 Penny die Möglichkeit hatten, über Seilen hängend die Nacht zu verbringen und ggf. ihren Rausch auszuschlafen, auch Gastwirte sollen ihren betrunkenen Gästen diese Möglichkeit nachhaltig nahegelegt haben (Quelle: [Quora](https://www.quora.com/)). Zwar war es uns nicht möglich, mit den üblichen Mitteln diese Theorie anderweitig zu bestätigen, aber immerhin findet sich auch im Deutschen der Begriff „in den Seilen hängen“. Der wiederum soll aus alten Seefahrerzeiten stammen, in denen sich Seefahrer nicht in Kojen, sondern über Seilen hängend ausgeschlafen haben sollen - ggf. eben auch einen Rausch. Tatsächlich macht das Sinn, denn auch bei starken Schwankungen bleibt hier die Schlaflage „stabil“, während feste Betten an Bord unterwegs überhaupt nicht brauchbar waren und Hängematten, einmal ins Schwingen gekommen, für den Benutzer auch nicht ungefährlich gewesen sein dürften.

Der „Kater“ wiederum soll als ironische Verballhornung durch Studenten des 19. Jahrhunderts von Katarrh kommen, der „Katzenjammer“ von „Kotzen-Jammer“ (Quelle: [Wikipedia](https://de.wikipedia.org/wiki/Katzenjammer)).

AKTUELLE NACHRICHTEN AUS POLITIK UND WIRTSCHAFT (TÜRKEI)

POLITIK

ENGLISH SUMMARY: Covid Cases have increased dramatically, however, concrete figures are hardly available. The Turkish President tries to sharpen his profile in foreign politics by sending a research vessel to the Mediterranean with the meaningful name of Abdülhamid Han. Abdülhamid II. reigned more than 30 years as a kind of Islamic dictator, who had put a modern constitution (1876) that he had introduced himself out of operation. He was overthrown in 1909 by the Young Turks. The first Armenian Genocide in the early 1890s was committed under his reign, although there is no proof that he himself gave the order. At the same time Erdoğan expresses his claims on the Greek islands near the Turkish coast. Further, Erdoğan played some role in the deal according to which Russia should tolerate the exportation of wheat from Ukraine. Finally, the President of Religious Affairs announced that prices are fixed by Allah.

Aktuell steigen nach Presseberichten die Covid-Fälle wieder „dramatisch“ an (Quelle: [Economist](#)). Offizielle Erklärungen gibt es dazu derzeit nicht.

Derweil versucht der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan sein außenpolitisches Profil zu schärfen. Das besteht zum einen darin, dass er ein Forschungsschiff mit dem Namen *Abdülhamid Han* in das Mittelmeer schickt und damit die Griechen provoziert. Denn gleichzeitig erhebt er Anspruch auf die dem türkischen Festland vorgelagerten griechischen Inseln, obwohl dort - nach den großen Bevölkerungsaustausch-Aktionen nach dem 1. Weltkrieg - praktisch keine Türken mehr leben. Eine besondere Symbolkraft hat der Name des Schiffs auch deshalb, weil der Name mit seinem Forschungsauftrag nichts zu tun hat, sondern der Name von Erdoğan's Liebling unter den osmanischen Sultanen ist. Abdülhamit II., den unsere Geschichtsbücher auch als Freund von Kaiser Wilhelm II. kennen, war kein Reformherrscher, sondern ganz im Gegenteil ein fanatischer Muslim, der nicht in der Lage war, der Natur des Osmanischen Reiches als Vielvölkerstaat Rechnung zu tragen. Nachdem er noch seinen Großwesir Mithat Pascha im Jahre 1876 eine moderne Verfassung hatte verkünden lassen, in welcher auch die religiösen Minderheiten in einem Parlament angemessen vertreten waren, setzte er diese kurz darauf außer Kraft, um dann für 30 Jahre als Diktator das Reich in weitere Schwierigkeiten zu stürzen (vgl. [Wikipedia](#)). Unter seine Herrschaft fallen auch durch seine „Hamidiye-Einheiten“ gesteuerte Massaker an türkischen Armeniern und anderen Christen, die bis zu 300.000 Todesopfer gefordert haben sollen. Er führte eine strenge Zensur und ein weitreichendes Spitzelsystem ein. Er wurde 1909 durch die Jungtürken gestürzt, welche die Verfassung reformierten. Weshalb der heutige Präsident der Republik ausgerechnet diesen Sultan als Vorbild propagiert, ist schwer nachvollziehbar.

Erdoğan hat sich zudem an einem Deal beteiligt, wonach die Russen die Ausfuhr von ukrainischem Weizen tolerieren sollen. Kurz darauf verkündete Russland, ca. 15 Milliarden US-Dollar in das gemeinsame Projekt Akkuyu investieren zu wollen, ein bereits seit gut 40 Jahren geplantes Atomkraftwerk.

Derweil verkündet der Präsident der staatlichen Religionsbehörden eine ganz einfache Erklärung für die drastische Inflation: „Die Preise werden durch Allah bestimmt.“

WIRTSCHAFT

ENGLISH SUMMARY: Ebay leaves the Turkish market for reasons of economic instability. Inflation is officially around %70, however it is said to be much higher, up to % 160. The Turkish Lira has lost value again: 1 USD=17,91 TL, 1 Euro=18,21 TL (29 July 2022). The minimum salary was fixed at 5.500,35 TL (employer's costs: 7.603,43 TL), in force by 1 July 2022.

Nachdem ebay im Jahre 2011 unter Einsatz von 11 Millionen USD in den türkischen Markt eingetreten war, zieht sich die Plattform jetzt frustriert zurück. Grund dafür soll u.a. die Inflation sein, so Ahmet Refik Dener auf seiner Seite "ichmeinsgut.de". Das inflationsbedingte Preiswirrwarr erschwert die Verkäufe über ebay. Nebenbei teilt Dener mit, was auch schon durch die Medien geistert, nämlich dass die reale Inflation, "Analysten" zufolge, bei 160% liege, also weit über doppelt so hoch, wie es das Statistikamt verkündet. Dieses wiederum hat gegen einen CHP-Abgeordneten Klage eingereicht, der öffentlich behauptet hatte, dass die Zahlen des Statistikamts nicht stimmten.

Ab 1.7.2022 gilt ein neuer Netto-Mindestlohn von 5.500,35 TL. Während die Regierung diese Anpassung mit Stolz verkündet - immerhin geht es um eine Erhöhung von 30% - , kritisiert die CHP, dass dieser deutlich unter der Armutsgrenze liege. Tatsächlich bleibt die Erhöhung sogar noch deutlich unter der amtlich eingeräumten Inflation. In Lohnkosten umgerechnet bedeutet das 7.603,43 TL (Quelle: Cumhuriyet). Das entspricht brutto ca. 2,30 Euro pro Stunde, somit also ein Fünftel des in Deutschland soeben erhöhten Mindestlohns.

Die türkische Regierung hat Strafen wegen Dumpings gegen mehrere Unternehmen aus der EU und Südkorea verhängt, darunter Thyssen und Hyundai (Quelle: Amtsblatt).

GESETZGEBUNG IN DER TÜRKEI

GESETZ ÜBER DAS FINANZZENTRUM ISTANBUL

ENGLISH SUMMARY: By end of June 2022, law no. 7412 was published in the Official Journal, which draws the framework for the Istanbul International Financial Center. The Center is to be established in the Anatolian part of Istanbul (source: [Ministry of Environment, Urbanization and Climate Change](#)). The right to participate is certified with a participation certificate which grants a number of privileges and exemptions for companies working in the financial sector (banks, insurances, factoring and leasing companies, finance agencies etc.) and their employees. The Center is to be constructed in a specific area of Istanbul dedicated to this purpose, with hotels, shopping centers and facilities for events. The government expects this Center making Istanbul one of the top financial centers in the world.

Mit einem eigenen Gesetz Nr. 7412 ([Amtsblatt Nr. 31880 v. 28.6.2022](#)) versucht das AKP-Regime Istanbul als internationalen Finanzplatz zu stärken. Damit soll ein bereits länger existierendes Projekt gesetzlich unterfüttert werden, mit dem eine Wirtschaftszone besonderer Art in Istanbul entstehen wird. Dazu soll ein Gelände ausgewiesen werden, das aus einem "Bürobereich" und einem "Außenbereich" besteht. Im Bürobereich sollen die im Rahmen der Kapitalmarkt-, Banken-, Versicherungs-, Factoring- und Leasing- sowie Fondsgesetzgebung üblichen Tätigkeiten konzentriert, im Außenbereich Einkaufszentren und Hotellerie untergebracht werden. Wer sich dort einmieten will, erhält einen Teilnahmeschein, der durch das "Finanzbüro" des Präsidialamts erteilt wird. Der Teilnahmeschein ist Voraussetzung dafür, in den Genuß verschiedener Vorteile und Privilegien zu gelangen.

Das IFZ (Istanbuler Finanzzentrum) soll ein Anlaufbüro (One-Stop-Office) erhalten, über das alle Genehmigungen und Verfahren für die Entfaltung von Aktivitäten auf dem Gelände laufen sollen. Betrieben werden soll das Zentrum durch eine Verwaltungsgesellschaft, die durch den Vermögensfonds ([Varlık Fonu](#)) gegründet werden soll. Dem Fonds wird durch Ökonomen und die Opposition vorgeworfen, am Staatshaushalt vorbei zu agieren und unter anderem das Tafelsilber des Staates zu verschern. Tatsächlich hält der Fonds 100% der Anteile an verschiedenen staatlichen Banken, Versicherungen und Industrien, aber auch Minderheitsanteile an großen Privatunternehmen und Staatsunternehmen (Quelle: türkisches [Wikipedia](#)). Buchführungspflichten sollen durch das Schatzamt reguliert werden, was vor allem der Erleichterung der Buchhaltung in ausländischen Sprachen ermöglichen soll. Das „Sprachenverbot“ des Gesetzes Nr. 805 (vgl. [Rumpf, SchiedsVZ 2017, S. 11 ff.](#)) soll hier nicht anwendbar sein. Zudem gelten deutliche Steuervorteile sowohl bei der Körperschaftsteuer als auch bei den Steuern für Versicherungs- und

Bankangelegenheiten. Lohn- und Einkommensteuern von Mitarbeitern mit näher spezifizierter Auslandserfahrung werden erheblich reduziert. Die Bestimmungen gelten auch für regionale Verwaltungen von teilnehmenden Unternehmen dann, wenn diese mindestens in drei Staaten im Ausland in ihrer Sparte aktiv sind.

Auf dem Gelände des Zentrums erworbene Immobilien können nur im Rahmen der Zwecke des Zentrums verwendet werden. Ausländisches Personal kann unter vereinfachten Voraussetzungen eingestellt werden.

GESETZ ZUR REFORM DER JUSTIZ

ENGLISH SUMMARY: With law no. 7413, published at the end of June 2022, the legislator introduced a three years stage for candidate judges and prosecutors. Young professionals must pass this period of practical education in courts and prosecution offices before they are appointed judges and prosecutors.

Of more practical relevance for our daily work in Turkish law is the reform of the Notaries Law, according to which the notary public is entitled to make real estate sales contracts and make the respective submissions to the land registry in the name of the parties. Formerly, such contracts could only be made directly at the land registry.

Further, the package law made an amendment in Articles 237 and 240, increasing the sanctions of a specific kind of fake news and of illicite storing of goods to make a profit from crisis situations.

Mit Spannung und sehr viel Kritik im Voraus wurde ein Gesetz erwartet, das der Reform der Justiz dienen soll. Dass eine solche Reform eigentlich in der Rückkehr zu den vor 2017 bestehenden Verfassungsstrukturen beginnen müsste, um überhaupt etwas am derzeitigen schwierigen Zustand der türkischen Justiz zu bewirken, steht außer Frage. Veröffentlicht wurde das Gesetz Nr. 7413 im [Amtsblatt Nr. 31880 v. 28.6.2022](#). Es ist - aus deutscher Sicht - weniger spektakulär als angenommen.

Als für unsere Praxis wichtigste Neuregelung kann die Reform des Notariatsgesetzes angesehen werden, mit welchem nunmehr auch die Notare Grundstückskaufverträge beurkunden und im Auftrag der Parteien die entsprechenden Anträge beim Grundbuchamt stellen dürfen. Wir können also nunmehr davon sprechen, dass Grundstücke auf ähnliche Weise wie in Deutschland erworben werden können.

Zu den Neuregelungen gehört die Einführung der Anwärterschaft für Richter und Staatsanwälte, die drei Jahre dauern soll. Man erwartet sich damit eine bessere praktische Ausbildung der Richterschaft, für welche die [Türkische Justizakademie](#) verantwortlich sein wird. Die Anwärter werden seitens des Justizministeriums Richtern und Staatsanwälten zugewiesen. Die Änderung ist in der Tat schwerwiegend, holt aber im Wesentlichen nur nach, was andere Länder bereits kennen: die institutionelle

Einarbeitung neuer Berufsträger in der Justiz. Kritisiert wird vor allem die Rolle des Justizministeriums als Teil der Exekutive.

Neben einigen kleineren Korrekturen der Gesetze zum Staatsrat und zum Kassationshof wurden einige Bestimmungen des „Fake-News-Paragraphen“ Art. 237 StGB verschärft. Ferner wird das Horten von Waren, welche der Befriedigung von Grundbedürfnissen der Bevölkerung dienen, härter bestraft.

NEUE SCHWELLENWERTE IM KARTELLRECHT

Mit Runderlass Nr. 2022/2, bekannt gemacht im Amtsblatt Nr. 31768 v. 4.3.2022, hat die Kartellbehörde die Schwellenbeträge für Fusionen und Übernahmen erhöht und damit der massiven Geldentwertung Rechnung getragen. Der Runderlass besteht im Wesentlichen in Änderungen des Runderlasses Nr. 2010/4, der im Amtsblatt Nr. 27722 v. 7.10.2010 herausgegeben worden war.

Genehmigungspflichtig sind Fusionen und Übernahmen zwischen Unternehmen mit einem Gesamtumsatz in der Türkei von 750 Mio TL (statt 100 Mio TL), mindestens zwei Parteien müssen je 250 Mio TL (früher 30 Mio TL) Umsatz in der Türkei haben. Zukäufe kleinerer Unternehmen (unter 250 Mio TL) durch ein großes Unternehmen sind also nicht genehmigungspflichtig. Für an den Finanzmärkten tätige Unternehmen enthält der Runderlass eine genaue Beschreibung der Tätigkeiten, die bei der Berechnung des Umsatzes zu berücksichtigen sind.

Die Schwellenwerte gelten nicht bei Übernahmen und Fusionen von Technologieunternehmen. Kritisch wird dies für auf elektronischen Plattformen arbeitende Unternehmen, wenn die Unternehmen zwar nicht in der Türkei sitzen, aber dadurch am türkischen Markt tätig sind, dass Nutzer in der Türkei wohnhaft sind (Quelle: [Amtsblatt über die Webseite der Kartellbehörde](#)).

RECHTSPRECHUNG IN DER TÜRKEI

VERFASSUNGSGERICHT: AUFHEBUNG DER FRIST FÜR WIEDERAUFNAHMEVERFAHREN NACH EGMR-URTEIL

ENGLISH SUMMARY: The Turkish Constitutional Court has annulled Article 377 I lit.e of the Civil Procedure Law which provides a final prescription of "three months to ten years" in cases of retrial. Actually, having in mind that exhaustion of remedies is a precondition for the access to the European Court of Human Rights and that proceedings that Court amount to seven or more years, the procedural clause does not effectively work in cases where retrial is on the agenda after the rendering of a judgment by the ECHR. The Turkish Constitutional Court

held the provision unconstitutional by application of Article 40 of the Turkish Constitution (effective access to public bodies).

Am 1.7.2022 wurde im Amtsblatt ein Urteil des Verfassungsgerichts bekanntgemacht (21.6.2022, E. 2022/7, K. 2022/79), wonach Art. 377 I lit. e ZPO insoweit aufgehoben wurde, als die Möglichkeit der Einleitung eines Wiederaufnahmeverfahrens nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) auf drei Monate, insgesamt aber (also nach Zustellung des rechtskräftigen nationalen Urteils, das später Gegenstand des EGMR-Verfahrens wurde) maximal zehn Jahre beschränkt war. Das Verfahren folgte auf Vorlagen von mehreren Gerichten (konkretes Normenkontrollverfahren). Die Gesetzesbestimmung gehört in den Abschnitt über die Wiederaufnahme von Verfahren. Dabei wird ein rechtskräftiges Urteil des EGMR ausdrücklich als Wiederaufnahmegrund geführt. Das vom Verfassungsgericht erkannte Problem dieser Regelung besteht darin, dass die Maximalfrist an die Rechtskraft des nationalen Ausgangsurteils anknüpft. Berücksichtigt man noch das Erfordernis der Ausschöpfung des Rechtsweges und dann die heutzutage übliche Dauer von Verfahren vor dem EGMR (zehn Jahre sind inzwischen keine Seltenheit mehr), dürfte die angegriffene Stimme in vielen Fällen funktionslos bleiben. Das Verfassungsgericht sieht darin einen Verstoß gegen Art. 40 der [Verfassung](#) (Recht auf effektiven Zugang zu den Behörden). Die Gerichte hatten ursprünglich einen Verstoß gegen Art. 36 der Verfassung (Recht auf Zugang zu den Gerichten) angenommen (Quelle: [Amtsblatt](#)).

VERFASSUNGSGERICHT: VERWEIGERUNG DER BEFREIUNG VOM RELIGIONSUNTERRICHT

ENGLISH SUMMARY: In its judgment for the Application No. 2014/15345, the Turkish Constitutional Court found a judgment of the Council of State unconstitutional that had upheld the decision of a local school authority to reject the application of the parents of a nine years old girl in 2009 to release her from the "Lessons in Religion and Ethics". The girl belonged originally to the Islam. However, the parents had been successful in deleting the registration of this religion in the civil register (although they had wished to be registered as "atheist"). The authority argued that only Christians and Jews could be exempted from the participation in these lessons. The local Administrative Court, however, accepted the claim of the parents. These lessons, although named in an approximately neutral manner, have a purely islam-oriented content, so nobody could be forced to attend such lessons. The Council of State rejected this argument and followed a positivist argumentation. At the end, the Constitutional Court applied Article 24 of the Constitution and found the administrative behaviour unconstitutional as a breach of the parents to determine the religious education

of their children. This judgment is of some importance against the imposition of the muslim religion in all sections of public life.

Mit Urteil v. 7.4.2022, Beschwerde Nr. 2014/15345 hat das Verfassungsgericht nach acht Jahren Verfahrensdauer ein Urteil des Staatsrats für verfassungswidrig erklärt, was gegen ein untergerichtliches Urteil die Entscheidung der örtlichen Schulbehörde aufrechterhalten hat, welche einem im Jahre 2009 neunjährigen Mädchen die Befreiung vom Religionsunterricht verweigert hat.

Die Familie gehört formal dem muslimischen Glauben an. Allerdings hatte der Vater nach einem ersten erfolglosen Antrag die Religionsbezeichnung seiner Tochter im Standesregister löschen lassen können. Dennoch wurde die Verweigerung mit der Begründung aufrechterhalten, das Kind gehöre nicht der christlichen oder jüdischen Religion an. Das Verwaltungsgericht hatte noch in seinem stattgebenden Urteil ausgeführt, dass es sich beim als "Religions- und Ethikunterricht" bezeichneten Unterricht in Wirklichkeit um rein muslimischen Religionsunterricht handle, weshalb dem nicht einer Religion angehörigen Kind die Verweigerung zugestanden werden müsse. Das Verfassungsgericht stützte sich auf Art. 24 der Verfassung und sah in den Entscheidungen einen Eingriff in das elterliche Recht, die religiöse Erziehung ihrer Kinder selbst zu bestimmen (Quelle: [Amtsblatt](#)). Das Urteil hat sehr lange auf sich warten lassen und kann als Signal gegen die aktuelle Politik des AKP-Regimes, allen Bereichen des öffentlichen Lebens islamische Regeln aufzudrängen.

SCHIEDSGERICHTSBARKEIT

GEMEINSAME ERKLÄRUNG DER FÜHRENDEN EUROPÄISCHEN SCHIEDSINSTITUTIONEN (DIS, VIAC U.A.)

ENGLISH SUMMARY: On the criticism of leading European arbitration institutions the EU Council amended its Regulation 833/2014 concerning restrictive measures in view of Russia's actions destabilising the situation in Ukraine. On 21 July 2022 the Council rendered another regulation ([2022/1269](#)), according to which, "in order to ensure access to justice, Decision (CFSP) 2022/1271 also allows an exemption from the prohibition to enter into any transactions with Russian public entities necessary to ensure access to judicial, administrative or arbitral proceedings." The Institutions expressed their satisfaction in a [Common Declaration](#).

Führende europäische Schiedsinstitutionen ([DIS](#), [SCC](#), [VIAC](#), [FAI](#), [CAM](#) und [Swiss Arbitration](#)) hatten nach der Änderung von Art. 5 aa der [Verordnung \(EU\) Nr. 833/2014](#) vom 15. März 2022 (vgl. [Verordnung \(EU\) 2022/428 des Rates](#)) über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren) und die damit zusammenhängende Frage nach den Auswirkungen

auf Schiedsverfahren mit sanktionierten Parteien auf die hiervon ausgehenden Gefahren für den Zugang zu den Schiedsgerichten hingewiesen und eine Klärung verlangt. Am 21. Juli hat der Rat der Europäischen Union das [Paket "Aufrechterhaltung und Anpassung"](#) beschlossen, das eine Reihe von Klarstellungen zu bestehenden Maßnahmen enthält. Gemäß der [EU-Rats-Verordnung 2022/1269](#) sollen "Transaktionen, die zur Gewährleistung des Zugangs zu Gerichts-, Verwaltungs- oder Schiedsverfahren in einem Mitgliedstaat oder für die Anerkennung oder Vollstreckung eines Gerichtsurteils oder eines Schiedsspruchs aus einem Mitgliedstaat unbedingt erforderlich sind, und wenn diese Transaktionen mit den Zielen dieser Verordnung und der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 im Einklang stehen", nicht den Verboten unterfallen. Die Institutionen begrüßen in einer "[Gemeinsamen Erklärung](#)" diese Klarstellung. Allerdings ist selbst diese Klarstellung im Hinblick auf den "Einklang mit den Zielen dieser Verordnung" durchaus interpretationsbedürftig.